

WILLY BRANDT · HELMUT SCHMIDT

Partner und Rivalen

Der Briefwechsel (1958–1992)

HERAUSGEGEBEN UND EINGELEITET
VON MEIK WOYKE

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE, BAND 3



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter [http://dnb/ddb.de](http://dnb.ddb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0445-7

© 2015 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

© für alle übrigen Sprachen:

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Unter den Linden 62–68, 10117 Berlin
Herrn Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt und Frau Professor Dr. Brigitte Seebacher
zustehende Urheberrechte bleiben davon unberührt.

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlag und Layoutkonzept: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg

Coverbild: Willy Brandt und Helmut Schmidt (1973), Fotoagentur SVEN SIMON GmbH
& Co. Pressefoto KG, Mülheim an der Ruhr

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

INHALT

MEIK WOYKE

DER BRIEFWECHSEL ZWEIER PARTNER UND RIVALEN	7
Miteinander, Nebeneinander, Gegeneinander: Brandt und Schmidt	10
Briefe als politisches Kommunikationsmittel	15
Der Briefwechsel in Schlaglichtern	20
Face-to-Face-Kommunikation und Telefongespräche	44
Korrespondenz von Amts wegen	53
Geburtsgratulationen und »Neujahrsbriefe«	59
Sonderformen der Korrespondenz	67
Briefkultur und Schreibstile	72
Ausgewertete Quellen	76
Editionsgrundsätze und Forschungsstand	83

WILLY BRANDT/HELMUT SCHMIDT

DER BRIEFWECHSEL (1958–1992)	89
--	----

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	995
Quellen- und Literaturverzeichnis	1001
1. Quellen	1001
a. Archivalische Quellen	1001
b. Zeitungen, Zeitschriften, Mitteilungsblätter, Pressendienste und sonstige Periodika	1001
c. Gedruckte Quellen	1002
2. Darstellungen	1009
Kurzbiografien in Auswahl	1025
Personenregister	1061
Sachregister	1075
Danksagung	1099
Zu den Autoren und zum Herausgeber	1101

Der Briefwechsel zweier Partner und Rivalen

Mehr als 700 Schreiben in rund 35 Jahren: Das ist nur die quantitative Bilanz des Briefwechsels zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt, deren Verhältnis als kompliziert und schwierig gilt, die aber über mehrere Dekaden hinweg die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend miteinander geprägt haben. Bereits ihre Sozialisation verlief gegensätzlich und vermittelte ihnen verschiedene Erfahrungshintergründe. Brandt wuchs in schwierigen Familienverhältnissen auf und fand bereits als Jugendlicher in der Weimarer Republik zur Arbeiterbewegung. Er kämpfte gegen die NS-Herrschaft und ging ins skandinavische Exil, weshalb er später als der »andere Deutsche« charakterisiert wurde. Der um fünf Jahre jüngere Schmidt verbrachte seine Kindheit und Jugend in einem kleinbürgerlichen Elternhaus. Sein Vater, dem als Studienrat der soziale Aufstieg gelang, ließ ihn die reformpädagogische Lichtwarkschule besuchen. Über Politik wurde mit Schmidt zu Hause nicht gesprochen. Während Brandt die Machtübernahme der Nationalsozialisten als selbstständig denkender junger Mann erlebte, ging Schmidt im Januar 1933 noch zur Schule. Den Zweiten Weltkrieg durchlebte er wie so viele seiner Landsleute an der Front, wo er als Offizier der deutschen Wehrmacht einem verbrecherischen Regime diente. Nach 1945 kreuzten sich dann ihre Lebenswege, als Brandt und Schmidt sich beide für die Sozialdemokratie engagierten und rasch zu führenden Persönlichkeiten ihrer Partei avancierten. Da sie die Adenauer-Republik verändern und gesellschaftliche Reformen durchsetzen wollten, verband sie eine jahrzehntelang währende Partnerschaft, deren Höhen und Tiefen in der wechselseitigen Korrespondenz facettenreich zum Ausdruck kommen. Zugleich hätten jedoch ihr Politikverständnis und auch ihr Führungsstil kaum unterschiedlicher sein können. Befeuert durch ihr gegensätzliches Naturell und ihre verschiedenen politischen Temperamente, entstand zwischen ihnen eine ausgeprägte Rivalität, wovon ihr brieflicher Dialog ein lebendiges Zeugnis gibt.¹

1 Über Willy Brandt hat Peter Merseburger eine grundlegende Biografie vorgelegt; den Lebensweg und die politische Karriere von Helmut Schmidt analysiert Hartmut Soell in einem zweibändigen Werk verlässlich. Gunter Hofmann beschreibt das Verhältnis der beiden Spitzenpolitiker instruktiv als »Geschichte einer schwierigen Freundschaft«. Dabei widmet er ihrem Briefwechsel ein ganzes Kapitel. Vgl. *Merseburger*, Willy Brandt; *Soell*, Helmut Schmidt 1918–1969; *ders.*, Helmut Schmidt 1969 bis heute; *Hofmann*, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Im Folgenden wird die Sekundärliteratur nur ausgewählt

Diese Briefedition präsentiert die gesamte direkte Korrespondenz zwischen Brandt und Schmidt, die sich ermitteln ließ.² Sie umfasst die Jahre 1958 bis 1992 und ermöglicht tiefe Einblicke in die persönliche Beziehung und das Arbeitsverhältnis zweier Staatsmänner. Waren sie zunächst durchaus enge Weggefährten bei ihrem Aufstieg zu Spitzenpolitikern der SPD, vertraten sie nach der Bildung der Großen Koalition (1966–1969) nicht selten gegenläufige Positionen. Diese Tendenz nahm während der sozial-liberalen Ära noch zu, als sie nacheinander das Amt des Bundeskanzlers innehatten. Trotz aller Rivalitäten arbeiteten Brandt und Schmidt aber immer wieder zugunsten ihres gemeinsamen politischen Anliegens vertrauensvoll zusammen. Ihre Differenzen und Kontroversen über die eigene Partei und deren Regierungspolitik, über die Nachrüstungsfrage oder den Umgang mit der Ökologie- und Friedensbewegung machen den besonderen Reiz ihres kontinuierlichen schriftlichen Austauschs aus.

Brandt und Schmidt waren starke Partner im politischen Raum, wenn sie von ihnen als richtig erachtete sozialdemokratische Strategien verfolgten und es um die Durchsetzung ihrer Zielsetzungen und übereinstimmenden Interessen ging. Weder pflegten sie eine auf Gegenseitigkeit beruhende freundschaftliche Beziehung, noch unterhielten sie private Kontakte, die über den Bereich der Politik und den professionellen Umgang miteinander hinausreichten. Im Laufe ihrer Bekanntschaft, die in den 1950er-Jahren begann, als sie zu den jüngeren Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion gehörten,³ entwickelten sich Brandt und Schmidt überdies zu Rivalen. Das bedeutete nicht, dass ihre politische Kooperation endete oder sogar abrupt in offene Gegnerschaft umschlug. Vielmehr bildete sich – bei fortgesetztem Zusammenwirken – allmählich ein Wettstreit um Deutungsmacht, Einfluss und Geltung heraus, der ihren füreinander empfundenen Respekt niemals infrage stellte. Den aktiveren Part in diesen Auseinandersetzungen übernahm meistens Schmidt, der einen überbordenden Gestaltungswillen besaß und das hierfür notwendige Selbstbewusstsein an den Tag legte. Je höher er während der 1960er-Jahre in der sozialdemokratischen Ämterhierarchie emporstieg und dadurch an politischer Bedeutung gewann, desto nachdrücklicher vertrat er den Anspruch, bei Richtungs- und Personalentscheidungen der SPD gefragt zu werden und mitzubestimmen. Politik be-

zitiert. Ausführliche Nachweise lassen sich über den Dokumententeil dieser Briefedition erschließen.

2 Vgl. dazu unten das Kapitel »Ausgewertete Quellen«.

3 Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1953 war Brandt 39 und Schmidt 35 Jahre alt. Der weitaus größte Teil der SPD-Abgeordneten entstammte den Geburtsjahrgängen vor 1913, mehr als die Hälfte war 1904 oder früher geboren worden. Vgl. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, Erster Halbband, S. XIII f.

durfte seiner Ansicht nach einer straffen Organisation und klaren Führung. Er verstand sie, wie er einmal mit Blick auf parlamentarische Debatten in einem zeitgenössischen Fernsehinterview sagte, als eine Art Kampfsport und betrieb sie aus Passion.⁴ Sein hieraus resultierendes Status- und Konkurrenzdenken zeigte sich in verschiedenen politischen Konstellationen. Es betraf zunehmend nicht mehr allein das Partei-, sondern auch das Regierungshandeln und gewann nach Brandts Wahl zum Bundeskanzler (1969) eine neue Intensität. Phasen der grundsätzlichen Einigkeit und partnerschaftlichen Kooperation wurden von heftigen Meinungsverschiedenheiten überlagert. Die Konfrontationen entzündeten sich an Sachthemen, aber häufiger noch an politischen Stilfragen. Zwar beanspruchte Schmidt das Kanzleramt, das ihm, der nur um fünf Lebensjahre jünger war, in den Anfangsjahren der sozial-liberalen Koalition verschlossen zu bleiben schien, in dieser Zeit niemals offen für sich. Kategorisch mit Brandt zu brechen und einen die SPD schädigenden Machtkampf zu entfachen, widersprach seiner Loyalität und lag ihm fern. Mit wachsender Verärgerung über die nach seinem Dafürhalten zu lasche Regierungsführung des Bundeskanzlers ließ Schmidt jedoch in ihm geneigten Parteikreisen wie gegenüber interessierten Medienvertretern gelegentlich aufscheinen, dass er sich für besser geeignet hielt, die Kanzlerschaft auszufüllen.

Im Folgenden wird das bemerkenswerte Ergänzungs- und Spannungsverhältnis⁵ der beiden Partner und Rivalen anhand ihres Briefwechsels ausführlicher dargestellt. Der Fokus liegt auf den Inhalten, der formalen Gestaltung und den Anlässen der Korrespondenz. Zudem wird der übergreifenden Frage nachgegangen, wie sich die persönliche Beziehung von Brandt und Schmidt im Laufe der Jahrzehnte gewandelt hat. Dabei richtet sich der Blick auf die verschiedenen Phasen und die Zäsuren ihres brieflichen Austauschs, die eng mit der Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratie und der politischen Entwicklung der Bundesrepublik korrespondierten. Für die zwischen den Briefautoren vorherrschende Atmosphäre und ihre Schreibfrequenz war es bedeutsam, ob sie gerade zusammen Oppositionsjahre durchlebten oder sich in der Regierungsverantwortung befanden. Auch die Konstellation der

4 Das politische Studio: Interview mit Helmut Schmidt, Autor: Walter Menningen, Norddeutscher Rundfunk (1969).

5 Bereits der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, der sich unter dem Eindruck des NATO-Doppelbeschlusses in der Friedensbewegung engagierte, sprach 2010 im Rückblick auf Brandt und Schmidt von einem »Ergänzungsverhältnis der Eigenschaften beider«. Keine ihrer Begabungen sei entbehrlich gewesen. Durch ihr Zusammenwirken, so konzedierte Richter, der in der Nachrüstungsdebatte auf Brandts Seite gestanden hatte, habe die Bundesrepublik enorm profitiert. Vgl. *Richter*, *Moral in Zeiten der Krise*, S. 33 ff., das Zitat auf S. 40; *Soell*, *Helmut Schmidt 1969 bis heute*, S. 846 ff.; *Hofmann*, *Willy Brandt und Helmut Schmidt*, S. 210 f. und 303.

jeweils von Brandt und Schmidt bekleideten Ämter und Funktionen, die sich hieraus zum Teil ergab, ist bei der Analyse zu berücksichtigen. Tendenziell wirkten sich die mit einem Amt in Partei oder Regierung verbundene Pflichtauffassung und das aus ihm erwachsene Selbstbewusstsein auf die Konfliktträchtigkeit der Briefe aus. Nachdem Schmidt zur Jahreswende 1966/67 den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion übernommen hatte, kam es aufgrund dieser neuen Aufgabe und Machtposition häufiger zu Kontroversen mit Brandt. Überdies nahm er sich als Bundesminister (ab 1969) das Recht heraus, den Regierungsstil seines Kanzlers vehement zu kritisieren. Dass Schmidt dann seinerseits als Bundeskanzler auf unerbetene Ratschläge und schriftliche Nachfragen seines Amtsvorgängers Brandt, der immerhin noch SPD-Vorsitzender war, überaus empfindlich reagierte, verdient eine nähere Betrachtung. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung aufschlussreich, ob sich die beiden persönlich oder in offizieller Mission als Amts- und Funktionsträger schrieben. Die erste Briefvariante nutzten sie als Kommunikationsmittel, um sich jenseits des Partei- und Regierungsapparats abzustimmen, während die zweite Schreibform exakten Vorgaben zu folgen und zahlreiche Mitleser einzukalkulieren hatte. Zuweilen besaß ein Thema für Brandt und Schmidt einen derart hohen Stellenwert, dass sie darüber an einem und demselben Tag miteinander in unterschiedlichen Rollen korrespondierten. Diese seltenen Fälle sind für das Spannungsverhältnis zwischen ihrer Partnerschaft und Rivalität besonders aussagekräftig. Ferner werden die wiederkehrenden Bezugspunkte und konstanten Elemente des Briefwechsels beleuchtet. Es ist erklärungsbedürftig, warum manche Themen breiten Raum einnahmen, andere dagegen ungeachtet ihrer politischen Relevanz kaum oder überhaupt nicht zur Sprache kamen. Ins Auge fallen überdies die individuellen Schreibstile von Brandt und Schmidt, deren charakteristische Eigenschaften herausgearbeitet werden. Darauf folgt ein Überblick der für die Briefedition konsultierten Archive und ausgewerteten Quellen. Abschließend werden die für den Dokumententeil geltenden Editionsgrundsätze dargestellt.

Miteinander, Nebeneinander, Gegeneinander: Brandt und Schmidt

Willy Brandt und Helmut Schmidt gehören unbestreitbar zu den profiliertesten und einflussreichsten Politikern der bundesrepublikanischen Geschichte. Sie haben als Sozialdemokraten ihre Partei und die Bundesrepublik durch ihr Handeln geprägt und deren internationale Anerkennung befördert. Brandt stand bereits Ende der 1950er-Jahre als Regierender Bürgermeister während der Berlin-Krise und besonders nach dem Mauerbau

Nr. 1

Helmut Schmidt an Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, Hamburg, 13.9.1958 (Durchschlag).

AHS, Korr., Privat-politisch, 1953–1958, A–Z, Bd. 1, 1958/4.

Persönlich

Lieber Willy!

Da ich annehmen muß, daß auch Genossen an der Abfassung des beigegeführten Schmutz-Pamphlets nicht unbeteiligt sind,¹ halte ich es für notwendig, daß Du davon Kenntnis nimmst, falls nicht schon anderweitig geschehen. Das Ding wurde mir ohne Anschreiben mit Absender Hans Zeug, Bayreuth, Luitpoldplatz 3, zugeschickt, Poststempel Bayreuth, den 1.9.1958.

In der Hoffnung, daß Du ein dickes Fell hast.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Nr. 2

Willy Brandt an Helmut Schmidt, Berlin, 12.5.1959.

AdsD, SPD-PV, Neuer Bestand, Büro Helmut Schmidt, 2602, Buchst. B.

Lieber Helmut,

die vier Punkte, die ich in meiner Diskussionsrede vor dem Parteirat erwähnte, habe ich Deinem Wunsch entsprechend niedergeschrieben. Du findest sie in der Anlage. Außerdem füge ich eine Sechs-Punkte-Erklärung

Nr. 1

¹ Das »Pamphlet« konnte nicht ermittelt werden. Immer wieder traf Brandt in seiner politischen Karriere der unberechtigte Vorwurf, er sei nach seiner Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland ein Vaterlandsverräter oder sogar ein kommunistischer Agent gewesen. Das Pamphlet stieß vermutlich in diese Richtung. Überdies wurde Brandt vorgeworfen, dass er im Alter von 19 Jahren seinen Geburtsnamen Herbert Frahm abgelegt und sich einen *nom de guerre* zugelegt hatte. Auch die Annahme der norwegischen Staatsbürgerschaft nach seiner 1938 vom NS-Regime vollzogenen Ausbürgerung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von politischen Gegnern instrumentalisiert. Mitunter stammten die Vorwürfe aus der eigenen Partei. So bezichtigte Brandt in einer innerparteilichen Konkurrenzsituation des Jahres 1952 den Kreis um Franz Neumann, den SPD-Vorsitzenden von Berlin, mit der »Giftspritze« am Werke zu sein und die »Dreckschleuder« anzuwenden. Der als Absender des Pamphlets genannte Hans Zeug war seit 1949 Unterbezirkssekretär der SPD in Bayreuth und von 1956 bis 1984 dort Mitglied des Stadtrats. Vermutlich wurden sein Name und seine Anschrift nur zur Tarnung benutzt. Nordbayerischer Kurier, 9./10.12.1995 (»Ehrung für Hans Zeug«). Vgl. Münkel, »Alias Frahm«; Merseburger, Willy Brandt, S. 307 f.; Heimann, Berlin bleibt frei, Nr. 19, S. 163–168 (die beiden Brandt-Zitate ebd.).

bei, die ich im vorigen Monat hier und auf westdeutschen Versammlungen verwendet hatte.¹

Freundliche Grüße

Willy Brandt

Nr. 3

Helmut Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, an Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, Bonn, 23.6.1959.

AdsD, WBA, A6, 30, Bl. 35.

Privat!

Lieber Willi!¹

Inzwischen haben wir im Kreis Hamburg-Nord die turnusmäßig fällig gewesene Kreisvorstandssitzung gehabt, und ich bin gebeten worden,² Dir recht, recht herzlich für die Versammlung am vorigen Montag zu danken. Sie ist allgemein als außerordentlicher Erfolg gewertet worden, und Du hast uns mit Deinem Besuch zweifellos einen großen Dienst erwiesen. Genauso steht übrigens fest, dass Du Dir auch selbst einen guten Dienst geleistet hast – unsere Funktionäre können sich jetzt unter Willi Brandt eine

Nr. 2

- 1 Die beiden erwähnten Anlagen befinden sich nicht in der Akte. Brandt positionierte sich mit ihnen gegen den »Deutschlandplan« des SPD-Vorstands in Bonn, da er als Regierender Bürgermeister von Berlin um den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Status seiner Stadt besorgt war. Die von ihm erwähnte Sitzung des SPD-Vorstands, Parteirats und der Kontrollkommission fand am 5.5.1959 statt. Vgl. *Schmidt*, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik*, S. 266 ff.; insb. S. 269 und 273.

Nr. 3

- 1 Gemeint ist »Willy«, ebenso im Text des Briefs.
- 2 Helmut Schmidt hatte den Vorsitz des SPD-Kreises Hamburg-Nord von 1956 bis 1964 inne. In diesem Amt organisierte er die Veranstaltungsreihe »Erste Garnitur der deutschen Politik«, die großen Anklang fand. Neben Brandt am 15.6.1959 sprachen Fritz Erler, Carlo Schmid, Richard Löwenthal, Karl Schiller, Waldemar von Knoeringen, Alex Möller, Georg Leber und Hans-Jochen Vogel im Winterhuder Fährhaus in Hamburg. Brandt hatte zwei Tage vor dem 17. Juni in Erinnerung an den 1953 gewaltsam niedergeschlagenen Volksaufstand in der DDR erklärt, dass er sich nicht mit der Teilung Deutschlands abfinden werde: »Für weite Kreise mag der Eiserne Vorhang nichts weiter als eine Linie von Lübeck über Helmstedt nach Hof sein, für uns aber ist er ein Schnitt mitten durch das Herz eines Volkes«. Schmidt pflichtete dem Regierenden Bürgermeister von Berlin bei, indem er die geteilte Stadt als eigentliche Hauptstadt der Deutschen bezeichnete. Vgl. *Hamburger Echo*, 16.6.1959 (Zitat ebd.); *Soell*, *Helmut Schmidt 1918–1969*, S. 364 f.

Person vorstellen, nachdem sie bisher Dich doch nur mehr oder minder aus der Zeitung oder aus dem Fernsehen kannten.
Mit herzlichen Grüßen
Dein
Helmut.

Nr. 4

Willy Brandt an Helmut Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin, 18.7.1959.

AdsD, SPD-PV, Neuer Bestand, Büro Helmut Schmidt, 2602, Buchst. B.

Lieber Helmut,
zunächst möchte ich Dir für Deine Zeilen vom 23. Juni danken. Ich war zwar an dem fraglichen Tag ziemlich abgespannt. Aber Du wirst vermutlich gespürt haben, daß ich mich bei Euch sehr wohl gefühlt habe.

Leider habe ich Dich Dienstag und Mittwoch, als ich zum internationalen Kongreß in Hamburg war, nicht sehen können. Irma Keilhack hat es übernommen, Dir einige Anregungen zu den Ost-Richtlinien zu übermitteln.¹

Ich kann am Dienstag nicht zum PV kommen, werde aber zum Programm noch einiges zu Papier bringen.²

Herzliche Grüße
Dein
Willy Brandt

Nr. 4

¹ Brandt hatte am 6. Kongress der Sozialistischen Internationale in Hamburg teilgenommen und dort am 14.7.1959 eine Rede gehalten. Die Bundestagsabgeordnete Irma Keilhack dürfte Schmidt über die »Richtlinien für Ostkontakte« unterrichtet haben, die vom SPD-Vorstand und vom Parteirat schließlich am 30.1.1960 zur Regelung von Reisen in die Staaten des Warschauer Pakts beschlossen wurden. Vgl. *Osterroth/Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, S. 187 f. und 196 f.

² Die SPD-Vorstandssitzung fand am 21.7.1959 in Bonn statt. Im Zentrum des Treffens stand der zweite Entwurf für das Godesberger Programm, das auf allen Organisationsebenen der SPD intensiv diskutiert und auf dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg (13.11. bis 15.11.1959) mit 324 gegen 16 Stimmen als neues Grundsatzprogramm verabschiedet wurde. Als Regierender Bürgermeister von Berlin fokussierte Willy Brandt seinen kurzen Redebeitrag während des Parteitags auf die Notwendigkeit, die Spaltung der beiden deutschen Staaten zu überwinden, um die Grundwerte und programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie in ganz Deutschland durchsetzen zu können. Vgl. *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 324–345 (Text des Programms); *Klotzbach*, Der Weg zur Staatspartei, S. 433 ff.; *Münkel*, Auf dem Weg nach vorn, Nr. 26, S. 206–210.

Nr. 5

Willy Brandt an Helmut Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin, 30.5.1960.

AHS, Korr., Privat-politisch, 1959–1961, A–Z, Bd. 2, 1961/6.

Lieber Helmut,

ich habe mich sehr darüber gefreut, daß Du mir Deine Unterstützung vor allem auf militär-politischem Gebiet zugesagt hast. Ganz so ahnungslos, wie ich es Dir geschildert habe, bin ich natürlich nicht. Ich versuche, die internationale Debatte zu verfolgen und habe auch von unserem Freund Beermann¹ manchen nützlichen Hinweis bekommen. Aber es fehlt eben doch sehr an Kenntnissen im einzelnen und an solider Untermauerung dessen, was dann vielleicht meistens nur in Form allgemeiner Wendungen wird ausgesagt werden können.

Mir wäre sehr damit geholfen, wenn Du bis zum Herbst ein »policy paper«² ausarbeiten würdest, auf das man sich dann bei Stellungnahmen stützen könnte und das gegebenenfalls in den folgenden Monaten zu ergänzen wäre, falls sich wesentliche Veränderungen ergeben.

Unabhängig davon – beziehungsweise zuvor – läge mir an einer kurzen Äußerung dazu, ob und wie die Sicherheitsfrage in jenem »Manifest« zu behandeln wäre, das wir für den Parteitag im November vorbereiten.³ Es soll sich dabei um ein Dokument von nur zwei bis drei Schreibmaschinen-seiten handeln, so daß man in keinerlei Einzelheiten einsteigen kann und

Nr. 5

1 Friedrich Beermann (1912–1975) trat 1934, nachdem er ein Semester lang Rechtswissenschaft studiert hatte, in die Wehrmacht ein. Bis Kriegsende zum Oberleutnant aufgestiegen, wurde er 1947 Mitglied der SPD, schloss sein Studium ab und ließ sich als Anwalt nieder. Im Jahr 1955 wurde er militärpolitischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 1959 gehörte er der Bundeswehr an und ging als Mitarbeiter der deutschen Vertretung der NATO-Kommission nach Washington. Er wurde Militärattaché der Deutschen Botschaft in Neu Delhi und 1968, inzwischen zum Brigadegeneral befördert, deutscher Bevollmächtigter der NATO-Gruppe Nord in Mönchengladbach. Von 1969 bis 1975 war er Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Vgl. *Vierhaus/Herbst*, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 52.

2 Vgl. Dokument Nr. 6 (6.2.1961).

3 Auf dem Parteitag wurde kein »Manifest«, sondern der kaum eine Druckseite umfassende »Appell von Hannover« verabschiedet. Vgl. Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover vom 21. bis 25. November 1960, S. 645 ff., insb. S. 656 f. Die Delegierten bestätigten zudem die von der SPD-Führung bereits im Juli 1960 getroffene Entscheidung, Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1961 aufzustellen. Dieser unterstrich in der außen- und deutschlandpolitischen Passage seiner Rede die Bündnistreue zur NATO und kennzeichnete den Ost-West-Konflikt als »Gleichgewicht des Schreckens« (S. 669). Vgl. auch *Klotzbach*, Der Weg zur Staatspartei, S. 508 ff.

wohl in erster Linie eine positive Formulierung finden muß, die es dem Gegner schwer macht, uns in den falschen Stall zu treiben.

Für die Zeitschrift »Außenpolitik« möchte ich zum Herbst einen Artikel vorbereiten, in dem ich mich zusammenhängend über meine außenpolitischen Vorstellungen äußern will.⁴ Die Zeitschrift selbst ist nicht furchtbar wichtig, aber man kann das, was dort gedruckt wird, natürlich auch anderswo verwerten. Mir schwebt vor, daß ich mich in erster Linie mit den neuen Faktoren und mit den Wandlungen befasse, die sich seit 1950 beziehungsweise seit Verabschiedung der Westverträge⁵ ergeben haben. Die Sicherheitsfragen werden nicht im Mittelpunkt dieses Artikels stehen können, aber ich sollte sie wohl auch nicht umgehen. Deshalb wäre mir auch hierzu Dein Rat sehr willkommen.

Herzliche Grüße

Dein

Willy Brandt

PS: Meine größte Sorge im Augenblick ist die für den 30.6. vorgesehene außenpolitische Debatte. Du mußt mithelfen zu verhüten, daß dort mehr Porzellan zerschlagen wird als unbedingt nötig ist.⁶

4 Willy Brandt, Außenpolitische Kontinuität mit neuen Akzenten, in: Außenpolitik 11, 1960, S. 717–723. Vgl. Großgart/Rösch-Sondermann/Zimmermann, Willy Brandt. Personalbibliographie, S. 148.

5 Mit dem Deutschlandvertrag (1952) und den Pariser Verträgen (1954/55) untermauerte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) seine Politik der Westintegration, der er gegenüber der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – zum Missfallen der SPD-Opposition – höhere Priorität beimaß. Das Besatzungsstatut (1949) wurde aufgehoben und die Bundesrepublik Deutschland erhielt weitgehend Souveränität. Zudem trat sie der NATO und der Westeuropäischen Union bei. Vgl. Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 81 ff.

6 In der außenpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 30.6.1960 bekannte sich Herbert Wehner für die SPD-Fraktion zur politisch-militärischen Westintegration und damit zur NATO als Grundlage für die bundesrepublikanische Außen- und Wiedervereinigungspolitik. Damit setzte er ein wichtiges Signal für den Willen der Sozialdemokraten, auf Bundesebene endlich Regierungsverantwortung zu übernehmen. Vgl. Meyer, Herbert Wehner, S. 231 ff.; Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 497 ff.; Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, S. 57 ff.

Nr. 6

Helmut Schmidt, an Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, o. O., 6.2.1961 (Durchschlag).

AHS, Korr., Privat-politisch, 1959–1961, A–Z, Bd. 2, 1961/6.

Lieber Willy!

Vor einigen Tagen fragte Dein »Wahlbüro« bei mir wegen eines Beitrages zum Thema: »Wehrhafte Demokratie« bei mir¹ nach. Es hat nicht erst dieser Anfrage bedurft, um mein Gewissen wachzurufen. Ich hatte Dir ja vor längerer Zeit einen Beitrag zugesagt. Tatsächlich hat sich meine Arbeit an meinem Buch-Manuskript aber viel länger hingezogen und sehr viel mehr Arbeit erfordert, als ich selbst zunächst veranschlagt hatte.² Deshalb bin ich auch bisher nicht dazu gekommen, aus meinen erarbeiteten Erkenntnissen ein besonderes Exzerpt für Dich herauszuarbeiten.

In Verabredung mit Deinem Wahlbüro habe ich Deinen Mitarbeitern vor einigen Tagen die Fahnen-Abzüge meines Buches zur Verfügung gestellt und dabei insbesondere diejenigen Kapitel kenntlich gemacht, die nach meinem Dafürhalten für Dich ausgeschlachtet werden können. Diese Sache ist also bei Deinen Mitarbeitern inzwischen wohl in Arbeit.

Diesen Brief sende ich an meinen Verleger Dr. Seewald³ in Stuttgart, mit dem ich abgesprochen habe, daß er Dir persönlich ein Umbruchsexemplar zur Verfügung stellt, sobald ein solches vollständig verfügbar ist, d. h. im Laufe der nächsten 7 Tage.

Ich könnte mir denken, dass es Dich nach Überfliegen des Inhaltsverzeichnis interessieren würde, das eine oder andere Kapitel zu lesen. Die Grund-Tendenz des Buches ist: Deutschland hat spezifisches Interesse

Nr. 6

¹ Wiederholung im Original.

² Es handelte sich um das Buch: *Helmut Schmidt*, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961. Schmidt, der als Mitglied des Deutschen Bundestags seit acht Jahren dem Verteidigungsausschuss angehörte, verstand seine Analyse ausdrücklich nicht als Darlegung sozialdemokratischer Wehrpolitik, griff in den folgenden Jahren allerdings immer wieder darauf zurück, wenn er Stellungnahmen und Positionspapiere für die SPD anfertigte. Inspiriert durch seinen Gedankenaustausch mit US-amerikanischen Experten für Sicherheitspolitik, beschrieb er die Politik der nuklearen Abschreckung gegenüber der Sowjetunion als unverzichtbar, forderte aber gleichzeitig, dass insbesondere die europäischen NATO-Staaten für den Fall einer konventionellen militärischen Auseinandersetzung besser gerüstet sein müssten. Vgl. die sehr ausführliche Darstellung bei *Soell*, *Helmut Schmidt 1918–1969*, S. 333 ff.

³ Heinrich Seewald, ein bei Gerhard Ritter promovierter Historiker, gab auch Autoren des konservativen Spektrums breiten Raum in seinem Verlagsprogramm. *Marion Gräfin Dönhoff*, Protest gegen eine Publikation, in: *Die ZEIT*, 20.10.1961; *Der SPIEGEL*, 8.11.1999 (»Gestorben – Heinrich Seewald«).

bei der strategischen Konzeption der NATO. Wir können keine Strategie akzeptieren, die im Kriegsfall darauf hinausläuft, ein völlig verwüstetes Mitteleuropa nach einer letzten Schlacht wieder befreit zu sehen. Wir sind deshalb nicht daran interessiert, an einer nuklearen Vergeltungs-Strategie mitzuwirken, die auch in solchen Fällen durchgeführt würde, wo sie nicht wirklich notwendig ist. Im übrigen ist nukleare Vergeltungsstrategie nur noch für den Fall glaubwürdig, daß die andere Seite ihrerseits einen nuklearen strategischen Überfall plant. Für alle übrigen Fälle östlicher Aggression muß bezweifelt werden, daß der Westen sich zur Anwendung der nuklearen Vergeltung entschließt.

Diese übrigen Fälle haben aber eine sehr viel größere Wahrscheinlichkeit als der allgemeine, totale nukleare strategische Überfall durch die Sowjet-Union. Für diese kleineren oder begrenzten Aggressionen verfügt die NATO in Europa weder über eine ausreichende Rüstungsstruktur noch über ausreichende strategische Doktrin.

Deshalb ist die Drohung mit der Vergeltung nicht ausreichend. Wir müssen uns vielmehr für den Fall begrenzter Aggressionen auch tatsächlich verteidigen können, um mit der Drohung, dies effektiv tun zu können, auch kleinere Aggressionen abschrecken zu können. Abschreckung und Verteidigung erfordern daher eine identische Strategie. Man kann nicht mit Vergeltung drohen wollen und, für den Fall, daß die damit beabsichtigte Abschreckung nicht funktioniert und es daher trotzdem zu einem militärischen Konflikt kommt, die angedrohte Strategie nicht anwenden.

Um Europa verteidigungsfähig zu machen, brauchen wir mindestens 25–30 gefechtsfähige Divisionen auf dem mitteleuropäischen Felde. Diese Divisionen müssen in der Lage sein, auch ohne nukleare Waffen zu kämpfen. Nukleare Waffen dürfen deshalb in diese Divisionen (gleich, ob amerikanischer, deutscher, englischer, französischer, belgischer usw. Nationalität) nicht integriert sein. Sie gehören vielmehr in das »zweite Treffen«, das nur im Notfall eingesetzt wird, falls auch der Gegner nukleare Waffen einsetzt. Strategisch nukleare Waffen gehören in das »dritte Treffen« und stellen ausschließlich die letzte Zuflucht dar.

Es liegt nicht in unserem Interesse, die 25–30 Divisionen überwiegend aus deutschen Soldaten zu stellen, vielmehr würde ein zu starkes deutsches Kontingent psychologisch die Kohäsion des West-Bündnisses gefährden. 12 deutsche Divisionen sind ausreichend, dazu sollten 5–6 amerikanische, 4 englische und mindestens 4 französische usw. kommen.

Es ist keineswegs notwendig, daß alle diese Truppen auf bundesrepublikanischem Boden stehen. Im Gegenteil, es genügt, wenn auf deutschem Boden die deutschen Divisionen plus Masse der amerikanischen und englischen gefechtsbereit verfügbar sind. Die übrigen Divisionen können in

Frankreich, Belgien und Holland stehen. Entscheidend ist, daß die aufgestellten Truppen nach Personal-Stärke, Ausbildung und Ausrüstung tatsächlich gefechtsbereit sind.

Die NATO hat heute in Mitteleuropa 20–21 Divisionen aufgestellt. Ihre tatsächlichen Gefechtskräfte erreichen jedoch nur den Gegenwert von höchstens 15 Divisionen.

Es ist nicht notwendig, daß Deutsche, Holländer usw. an der Formation des taktisch-nuklearen »zweiten Treffens« mitwirken, das sollte im Sinne der Arbeitsteilung denjenigen Verbündeten zufallen, die auf diesen Gebieten ohnehin bereits Aufwendungen gemacht und Einheiten aufgestellt haben. Notwendig ist aber, um eine unbeabsichtigte Auflösung⁴ auszuschließen, daß das »zweite Treffen« vollständig gesondert von den normalen Kampftruppen unter einem eigenen Befehlsstrang organisiert wird.

Im übrigen wird die entscheidende Auseinandersetzung sich nicht auf dem Felde des militärischen Rüstungswettstreits, sondern auf dem wirtschaftlich-ideologischen Felde entwickeln – vorausgesetzt, daß der Westen eine militärische »balance of power« aufrecht erhält. Zum Letzteren ist die Schließung der Raketenlücke⁵ durch die USA ein dringendes Erfordernis.

Soviel zu den Grundlinien. Ich würde mich freuen, wenn das eine oder andere Kapitel Dich auch im einzelnen interessieren sollte. Selbstverständlich besteht nicht das geringste Bedenken gegen jede politische Ausschachtung und Verwendung. Vielleicht eignen sich hierfür die im letzten Kapitel enthaltenen 20 Thesen.

Ich bin im Augenblick auf dem Sprung, ins »deutsch-amerikanische Gespräch«⁶ nach Washington abzufliegen. Nach Rückkehr werde ich ge-

4 Eventuell handelt es sich um einen Schreibfehler und gemeint ist »Auslösung«.

5 Die Rede von der Raketenlücke (»missile gap«) spielte in den USA im Präsidentschaftswahlkampf 1960 eine besondere Rolle. Der Herausforderer John F. Kennedy warf dem Amtsinhaber Dwight D. Eisenhower vor, durch eine angeblich verfehlte Rüstungspolitik der Sowjetunion zur militärischen Überlegenheit verholfen zu haben. Diese Wahlkampagne fand breite mediale Aufmerksamkeit. Vgl. *Biermann*, John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 47 ff.

6 Schmidt hielt sich vom 7.2. bis etwa zum 22.2.1961 in den USA auf. Die »Deutsch-amerikanische Konferenz« fand vom 16.2. bis 19.2. in Washington statt und wurde vom »American Council on Germany« und der Atlantik-Brücke seit 1959 gemeinsam organisiert. Vier der fünf von der SPD gestellten Teilnehmer gehörten der Wahlkampf-Mannschaft von Willy Brandt an: Carlo Schmid, Fritz Erler, Heinrich Deist und Max Brauer. Schmidt nahm also eine Sonderposition ein, die ihn gegenüber anderen sozialdemokratischen Nachwuchskräften bevorzugte. Bei den Gesprächen kamen Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft von beiden Seiten des Atlantiks zusammen, um sich über außen- und sicherheitspolitische Fragen auszutauschen. Helmut Schmidt an Friedrich Beermann, [Bonn], 16.12.1960 (Durchschlag), AHS, Korr., Privat-politisch, 1959–1961, A–Z, Bd. 2, 1961/6. Vgl. *Grabbe*, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika, S. 361.

meinsam mit Fritz, Wienand und Merten⁷ am wehrpolitischen Beitrag zum Regierungsprogramm mich betätigen. Unabhängig davon stete ich Dir für Exposés zu bestimmten Fragen natürlich zur Verfügung.
Mit herzlichen Grüßen
Dein

Nr. 7

Helmut Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, an Willy Brandt, Bonn, 6.11.1961 (handschriftl.).

AdsD, WBA, A6, 168, o. P.

Lieber Willi,¹

da ich zur PV-Sitzung nicht kommen konnte, möchte ich wenigstens schriftlich eine Anregung übermitteln. Ich nehme an, daß Du + das Präsidium Euch gewisse Sorgen wegen der nordrh.[ein]-westf.[älischen] Wahl machen². M. E. sollte man alles versuchen, Steinhoff in Bonn festzuhalten (z. B. durch Wahl in den Fraktionsvorstand), damit es endlich in NrRh/W³ zu einer gesunden Entwicklung kommen kann.⁴ Nominell würde dann

7 Die Rede ist von Fritz Erler (Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion und des Parteipräsidiums), Karl Wienand (Mitglied des Bundestagsausschusses für Verteidigung) und Hans Merten (stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses). Alle drei zählten zu den Wehr- und Verteidigungsexperten der SPD. Vgl. *Vierhaus/Herbst*, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 188 f. (Erler) und 557 (Merten), sowie Bd. 2, S. 951 f. (Wienand).

Nr. 7

1 Gemeint ist »Willy«.

2 So im Original.

3 Nordrhein-Westfalen.

4 Fritz Steinhoff hatte von 1956 bis 1958 als Ministerpräsident eine sozial-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen geführt und sich auf dem SPD-Parteitag 1960 in Hannover in die elfköpfige Bundestagswahlmannschaft von Willy Brandt aufnehmen lassen. Dies konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nordrhein-westfälische Parteiorganisation mit Blick auf die Landtagswahl 1962 dringend einer Reform bedurfte, zumal die SPD bei der Wahl vier Jahre zuvor eine bittere Niederlage hatte hinnehmen müssen. Nach einer Kampfabstimmung und Personalquerelen konnte sich als neuer Spitzenkandidat überraschend der Bundestagsabgeordnete Heinz Kühn durchsetzen. Er übte von 1953 bis 1963 ein Bundestagsmandat aus und amtierte von 1966 bis 1978 als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Von 1983 bis 1987 war er Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vgl. *Keinemann*, Von Arnold zu Steinhoff und Meyers, Münster 1973, S. 179 ff.; *Faulenbach*, Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen von 1949 bis 1969, S. 215 f.; *Düding*, Heinz Kühn, insb. S. 186 ff.

Emil Guß der erste Mann im Lande sein – neben ihm sollte man aber Karl Wienand und Harald Koch nach vorne holen.⁵

Wegen des nahezu födera[li]stischen Spannungsverhältnisses zwischen den 4 Bezirken ist in jedem Fall eine geschickte Intervention des Präs.[idi-ums] oder des PV (besser wohl: einzelner Mitglieder) nötig. Mittelrhein und Niederrhein wollen den⁶ Karl Wienand wohl fördern – das Übergewicht liegt aber bei[m] westl.[ichen] Westfalen. Wie der Bezirk östl.[iches] Westfalen zu taktieren beabsichtigt, weiß ich nicht. Alle 4 Bezirke scheinen jedoch den parlamentarisch ausgezeichneten Harald Koch (der ja deswegen bei Hoesch nicht weniger zu arbeiten brauchte) nicht auf der Rechnung zu haben. Vielleicht kommen auch noch andere Personen aus dem Lande in Frage – mir fehlt da der Überblick. Ich glaube aber, daß wir als PV nicht gut zusehen dürfen, falls die reichlich weit entwickelte Klüngelei in Nrh/W⁷ erneut zu einer »Mannschaft« Steinhoff zu führen tendieren sollte.

Mit Fritz Erler habe ich in gleichem Sinne gesprochen, wobei ich – das Gespräch liegt etwa 10 Tage zurück – den Eindruck hatte, daß er im Prinzip eine gleiche Meinung hatte. Ich schreibe Dir, weil ich annehme, daß Ihr in den nächsten Präsidiumssitzungen wohl noch mehrfach auf Nrh/W zurückkommen werdet.⁸

Mit herzlichem Gruß

stets Dein

Helmut Sch.

5 Mit »Emil Guß« ist vermutlich »Emil Gross« gemeint. Er war 1946 von der Britischen Besatzungsmacht zum Lizenzträger und Verleger der in Bielefeld erscheinenden, der Sozialdemokratie nahestehenden Zeitung »Freie Presse« eingesetzt worden. Dem nordrhein-westfälischen Landtag gehörte er von 1946 bis zu seinem Tod im Jahr 1967 an, zeitweise als Vorsitzender der SPD-Fraktion. – Harald Koch war von 1947 bis 1949 Verkehrs- und Wirtschaftsminister in Hessen, von 1949 bis 1953 Mitglied des Bundestags und seit 1952 Arbeitsdirektor des Montankonzerns Hoesch AG. Vgl. *Düding*, Zwischen Tradition und Innovation, S. 37 f. (Gross); *Vierhaus/Herbst*, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 434 (Koch).

6 Im Original unleserlich.

7 Nordrhein-Westfalen.

8 Schmidt gehörte dem SPD-Präsidium erst seit 1966 an, in den Parteivorstand war er – zusammen mit Willy Brandt – im Jahr 1958 eingezogen. Brandt durfte als Kanzlerkandidat seit dem SPD-Parteitag 1960 in Hannover an den Präsidiumssitzungen teilnehmen, formal gewählt wurde er aber erst 1962. Vgl. *Merseburger*, Willy Brandt, S. 385 f.; *Osterroth/Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, S. 176, 226 und 289.